

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 888 848 pbbn d
Telefax: 21 08 64



Inhalt

Hans-Günther Toetemeyer
MdB zum Besuch des süd-
afrikanischen Präsidenten
de Klerk: Der Druck auf
Pretoria muß bleiben.
Seite 1

Dr. Hermann Schöer MdB
zum Ausgang der rumäni-
schen Wahlen: Bukarest
braucht Demokratie-Hilfe.
Seite 3

Karin Radermacher MdL
zur Weigerung, behinderte
Kinder in die Regelschulen
zu integrieren: Finsterstes
pädagogisches Mittelalter im
CSU-Freistaat.
Seite 4

Dokumentation:

Konversionsperspektiven
der Menschen und Wirt-
schaft in „Rüstungs-Regio-
nen“ hat der Landespartei-
tag der SPD Rheinland-
Pfalz gefordert. Der Be-
schluß im Wortlaut
Seite 5

45. Jahrgang / 97

22. Mai 1990

Der Druck auf Pretoria muß bleiben

Zum Besuch des südafrikanischen Präsidenten de Klerk

Von Hans-Günther Toetemeyer MdB

Der Besuch des südafrikanischen Präsidenten de Klerk in der
Bundesrepublik Deutschland ist Teil einer „Goodwill-Tour“
durch neun europäische Länder.

Nachdem die südafrikanische Regierung und der ANC (African
National Congress) am 4. Mai 1990 das „Groote-Schuur-Pro-
tokoll“ unterzeichnet haben, hat sich das Meinungsklima gegen-
über Südafrika verbessert. Dies versucht der südafrikanische
Präsident auszunutzen, um eine Aufhebung der Sanktionen
gegen Südafrika zu erreichen. Das Übereinkommen, in dem

- die Bildung einer Arbeitsgruppe beschlossen wurde, die
„Empfehlung für die Definition von politischen Delikten“
erarbeiten soll,
- die zeitweilige Immunität für Verfolgung politischer De-
likte, die vor dem Übereinkommen begangen wurden,
- sich die Regierung verpflichtet, darauf hinzuarbeiten, daß
der Ausnahmezustand aufgehoben wird und

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermittlungsmittel
mit vermehrter Nutzung
Recycling-Papier



- die Errichtung effizienter Kommunikationskanäle zwischen der südafrikanischen Regierung und dem ANC vereinbart wurde,

Ist nur der e r s t e, begrüßenswerte Schritt zur Überwindung der Apartheid. Dieser reicht jedoch bei weitem nicht aus. Nelson Mandela hat daher Präsident de Klerks Besuch in Frankreich mit folgenden Sätzen kommentiert: „Ich habe nichts dagegen, wenn Frankreich ihm einen kühlen Empfang bereitet. Alle wirtschaftlichen Sanktionen sollen aber beibehalten werden.“

Was Mandela zum Frankreichbesuch sagte, gilt sicher auch für die anderen Stationen der Europa-reise des südafrikanischen Präsidenten.

Der Druck auf das südafrikanische Apartheidsystem muß bleiben, nur so kann die Überwindung dieses unmenschlichen Systems beschleunigt werden. Die Zeit drängt, die schwarze Jugend beginnt bereits gegen die gemäßigten Kräfte zu rebellieren und organisiert sich zunehmend in der PAC (Pan African Congress) als kämpfende Alternative zum verhandlungsbereiten ANC. Dies ist auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel selbst der südafrikanische Erziehungsminister van der Merwe im April vor dem südafrikanischen Parlament zugab, daß 159.849 Schulräume für schwarze Kinder fehlen. In dieser Zahl sind nicht einmal die fehlenden Schulräume in den sogenannten Homelands enthalten.

Wie Äußerungen und Absichtserklärungen Präsident de Klerks zu beurteilen sind, kann man auch aus den Sätzen ablesen, die er vor dem Parlament Ende April abgab: „Ich werde dem Druck des ANC, das Mehrheitswahlrecht einzuführen, n i c h t nachgeben. Dies ist reiner Selbstmord für die Weißen.“

Die Bundesregierung täte gut daran, de Klerk zum jetzigen Zeitpunkt keine Versprechungen zu machen. Sie sollte vielmehr den Besuch Nelson Mandelas, der im Juni in die Bundesrepublik kommen wird, abwarten. Nur er spricht für die Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas.

(-/22.5.1990/vo-he/rs)

* * *

Bukarest braucht Demokratie-Hilfe

Zum Ausgang der rumänischen Wahlen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Der Wahlausgang in Rumänien kommt für Beobachter des dortigen innenpolitischen Geschehens nicht überraschend. Zwar sind die Aussagen der zahlreichen Wahlbeobachter aus vielen Parlamenten widersprüchlich (der überwiegende Tenor lautet, daß es Unregelmäßigkeiten gegeben habe, aber keinen systematischen Wahlbetrug), aber an dem Sieg der Regierenden, „Front zur nationalen Rettung“, und vor allem des Staatspräsidenten Iliescu, ist nicht zu rütteln.

Um sich ein umfassendes Bild über die Wahl zu machen, reicht es jedoch nicht aus, lediglich den Wahlakt am Sonntag zu betrachten. Zur Beurteilung gehört auch der Verlauf des Wahlkampfes, in dem die regierende Front eine Reihe von deutlichen Startvorteilen hatte, die allerdings höchst unterschiedlich zu bewerten sind. Sie hat die überwiegende Zahl der Medien unter Kontrolle, konnte sich auf den Regierungsapparat stützen (was insbesondere außerhalb Bukarest eine erhebliche Rolle spielte) und auch auf die Strukturen des alten Parteiapparats. Gleichzeitig hat sie aber auch den gegenwärtig populärsten Politiker Rumäniens als Spitzenkandidaten gehabt; viele ihrer Sprecher spielten eine aktive Rolle beim Sturz Ceausescus; sie konnte sich auf zahlreiche „unpolitische“ Technokraten stützen, die sich eher an ihr orientieren. Sie hatte außerdem das ausführlichste und konkreteste Programm, das gesellschaftspolitische wie wirtschaftspolitische Änderungen ohne Sturz in etwas unbekanntes Neues versprach.

In einer extrem verunsicherten Bevölkerung vermittelte die „Front zur nationalen Rettung“ damit ein psychologisches Sicherheitsbedürfnis. Gleichzeitig waren alle anderen Parteien weder programmatisch noch organisatorisch darauf vorbereitet, daß ihnen die Übernahme der Staatsverantwortung zugetraut wurde. Meistens sind die neuen Parteien bisher kaum über den Bereich Bukarest hinausgewachsen, so daß der Vergleich interessant sein dürfte zwischen dem Wahlergebnis in Bukarest und dem Rest Rumäniens.

So kommt das auf den ersten Blick widersprüchliche Ergebnis zustande, daß es einerseits nirgendwo in Europa eine so brutale Terrorherrschaft gab wie in Rumänien, aber dennoch dort eine politische Formation haushoch gewann, die dem Vorwurf aller anderen politischen Parteien ausgesetzt war, eine Nachfolgeorganisation der alten kommunistischen Partei im neuen Gewande zu sein - wobei unterstellt werden kann, daß bei einigen das neue Gewand glaubwürdig, bei anderen dagegen opportunistisch gefärbt ist.

Man kann vermuten, daß es auch dann einen deutlichen Wahlsieg der Front gegeben hätte, wenn sie nicht die administrativen und medienpolitischen Startvorteile gehabt hätte - wenn auch das Wahlergebnis dann wohl in der Höhe geringer ausgefallen wäre. Das Programm der Front definiert sich als eines des demokratischen Sozialismus.

Der Wahlausgang aber sollte auf jeden Fall bedeuten, daß eine wirtschaftliche Kooperation mit Rumänien entwickelt werden muß. Notwendig bleibt das kritische Auge der europäischen Öffentlichkeit und die Einbeziehung Rumäniens in den europäischen Integrationsprozeß, um Rückfälle zu vermeiden und eine Demokratie reifen zu lassen. Noch ist Rumänien weit entfernt von stabilen demokratischen Institutionen und einem Bewußtsein der meisten politisch Aktiven der Bevölkerung, das sich auf die Erfordernisse einer Demokratie einstellen kann. Rumänien braucht vor allem Demokratiehilfe, eine Aufgabe, die insbesondere die Stiftungen der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik und kulturelle Organisationen in verstärktem Maße haben. (-/22.5.1990/va-he/rs)

* * *

Finsterstes pädagogisches Mittelalter im CSU-Freistaat

Zur Weigerung, behinderte Kinder in die Regelschulen zu integrieren

Von Karin Radermacher MdL

Bildungspolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Im CSU-regierten Bayern herrscht wieder einmal finsterstes pädagogisches Mittelalter.

Die Münchner Staatsregierung weigert sich nämlich, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zur integrativen Schule zur Kenntnis zu nehmen. Was in allen anderen Bundesländern - außer noch in Baden-Württemberg - Wirklichkeit ist, nämlich der gemeinsame Unterricht nichtbehinderter und behinderter Kinder, soll endlich auch im Freistaat umgesetzt werden.

Das bayerische Kultusministerium hat einen Beschluß des kulturpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtages nicht vollzogen. Der Ausschuß stimmte mehrheitlich einer Petition Würzburger Eltern zu, wonach behinderten Kindern künftig der Zugang zu einer Grundschule zu ermöglichen ist. Zusammen mit meinem Würzburger CSU-Kollegen Eykmann hatte ich vorgeschlagen, die behinderten Kinder in einer Sprengelklasse, also in der Nähe ihrer Wohnung so unterzubringen, daß diese Grundschulklasse höchstens 25 Kinder umfaßt, maximal davon zwei behinderte. Diese sollten zusätzlich zehn Stunden Förderunterricht erhalten, wobei eine pädagogische Assistentin einzustellen wäre. Sollte sich diese Lösung nicht verwirklichen lassen, schlug ich als Alternative vor, eine Integrationsklasse mit 20 Kindern, davon zwei bis drei behinderte, bei sechs Förderstunden zu schaffen.

Gegen diesen Beschluß des Bayerischen Landtages stellt sich das Kultusministerium quer. Die Äußerung des Ministeriumsbeamten Dr. Quint, das „Wohl des Kindes ist bei Integration nicht gewährleistet“, ist eine schallende Ohrfeige für die Betroffenen. Sollen die betroffenen Eltern erst ein Schreiben an den Ministerpräsidenten richten, wie dies die Eltern eines blinden Kindes machten? Und muß vielleicht erst der Ministerrat beraten, damit sich das Kultusministerium bewegt?

Als Augenwischerei kann man nur begreifen, wenn die CSU-Mehrheit des Rechtsausschusses im Bayerischen Landtag jetzt die integrative Schule mit der Begründung ablehnt, der Gleichheitsgrundsatz werde tangiert, denn Eltern nichtbehinderter Kinder könnten dann auf kleinere Klassen pochen. Dies ist windelweich. Im Gegensatz zu ihrem CSU-Kollegen Eykmann stiehlt sich die CSU aus der politischen Verantwortung. Rein aus ideologischen Gründen verhindert die CSU die integrative Schule. Wir Sozialdemokraten wollen, daß nun jeder CSU-Parlamentarier zeigen muß, wie er dazu steht. Deshalb bringen wir den Punkt „Integration Behinderter in den Regelschulen“ in die Vollversammlung des Bayerischen Landtags.

(-/22.5.1990/vo-hg/rs)

DOKUMENTATION

Menschen und Wirtschaft in „Rüstungs-Regionen“ brauchen Konversionsperspektiven

Der Landespartei-tag der rheinland-pfälzischen SPD, der am 10. Mai in Bad Dürkheim stattfand, hat einen Leitantrag zur Rüstungs- und Standortkonversion beschlossen. Wie dazu der Vorsitzende des Mainzer Landtagsausschusses für Wirtschaft und Verkehr, Roland Härtel, der für das im Januar von der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion vorgelegte Ideenkonzept zum Umbau militärisch geprägter Regionen verantwortlich zeichnet, mitteilt, geht es darum, Menschen, Wirtschaftsbranchen und Regionen durch Bund, Land und EG konkrete Perspektiven und Hilfen für die Sicherung der Zukunft zu geben. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Im Zuge der rechtzeitigen Anpassung der Sicherheitspolitik an ein neues Ost-West-Verhältnis ergibt sich ein deutlich reduzierter Bedarf der Bundeswehr, und der in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte an militärischen Gütern, Personal- und Dienstleistungen. Dabei werden verringerte Militärausgaben des Bundes und der Stationierungstreitkräfte, vor allem in strukturschwachen Regionen, die eine hohe militärische Belastung zu tragen haben, zu einer deutlichen Verringerung von Arbeitsplatzangeboten führen. Gleiches gilt für die Regionen, in denen Standorte der Rüstungsindustrie liegen.

Menschen, Branchen und Regionen, die von der Rüstungsindustrie und von Militärstandorten in besonderer Weise abhängig sind, brauchen konkrete Perspektiven und Hilfen einer neuorientierten Zukunftssicherung. Die Lasten der Strukturierung können dabei weder den Kommunen noch den Ländern allein aufgebürdet werden.

Zu den vordringlichsten Initiativen sollten dabei gehören:

1. Die umgehende Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Bund, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, regionalen Körperschaften, Berufsverbänden, Arbeitgeber und Gewerkschaften zur Erarbeitung eines nationalen Konversionsprogramms,
2. verstärkte Förderung - ähnlich der des Zonenrandes - für militärisch belastete Regionen,
3. die Einrichtung eines Abrüstungsamtes in Rheinland-Pfalz, das Aufgaben und Ziele der Konversion für rüstungsabhängige Betriebe und militärabhängiger Regionen konzentriert aufgreift und bei deren Verwirklichung hilft.

Darüber hinaus sollte das Land Rheinland-Pfalz den Prozeß der regionalen Konversion beschleunigen und unterstützen, beispielsweise durch:

- regionale und lokale Konferenzen zur Aktivierung von Ideen und Entwicklungsreserven, Konzentrierung der Hilfen der Arbeitsverwaltung, Verstärkung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Intensivierung der Umschulung, Weiterbildung und Höherqualifizierung von Beschäftigten.
- Überprüfung militärischer Liegenschaften hinsichtlich außermilitärischer Eignung (Gewerbe, Wohngebietsflächen), insbesondere in den und in der Nähe der Oberzentren Kaiserslautern, Koblenz, Mainz und Trier,
- überproportionale Stärkung der Hochschulstandorte Trier und Kaiserslautern, Einwerbung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, beschleunigter Ausbau von Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten, unter Berücksichtigung der Fachhochschulstandorte,
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur insbesondere durch eine Modernisierung der Ost-West- und Nord-Süd-Verbindungen, gegebenenfalls Umwandlung eines stillgelegten Militärflugplatzes in einen zivildnutzbaren regionalen Luftverkehrslandeplatz,
- Einsatz der Landesbank (Struktur- und Investitionsbank Rheinland-Pfalz) und der Kommunalentwicklung Rheinland-Pfalz (KERP) für die Entwicklung militärisch hochbelasteter Gebiete, als unternehmerische Aufgabe,
- Bestandssicherung und Bestandsentwicklung für die Schuhindustrie im Rahmen Pirmasens-Zweibrücken, unter Einfluß aller regionalen Kräfte und Hilfen des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz, ähnlich „Initiative Ruhr“.

(-/22.5.1990/vo-he/rs)

* * *